



KONJUNKTURREPORT

13. Jg., Ausgabe 2, Juni 2013

Konjunkturerholung verzögert sich

Die **globale** Konjunkturerholung verläuft weiterhin nur moderat und uneinheitlich zwischen den Regionen. Die Finanzmarktbedingungen haben sich weltweit verbessert und umfragebasierte Indikatoren deuten auf eine Stabilisierung sowohl im Industrie- als auch im Dienstleistungssektor hin. In den Industrieländern verläuft die Erholung aber recht zäh, da ein stärkeres Wachstum durch den anhaltenden Abbau der öffentlichen und privaten Verschuldung sowie die in vielen Ländern erforderliche fiskalpolitische Restriktion verhindert wird. In den Schwellenländern gewinnt das Wirtschaftswachstum zwar an Tempo, die hohen Zuwächse, die vor der Krise beobachtet wurden, wurden aber zumeist noch nicht wieder erreicht. Der ifo Indikator für das Weltwirtschaftsklima ist zuletzt weiter gestiegen, wenn auch nur leicht. Sowohl die Beurteilung der aktuellen Lage als auch der wirtschaftliche Ausblick für die nächsten sechs Monate haben sich etwas verbessert. Während der Indikator für das Wirtschaftsklima in Westeuropa und Nordamerika nur wenig zugenommen hat, fiel sein Anstieg in Asien kräftig aus.

In den **USA** ist das saisonbereinigte reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im ersten Quartal 2013 um 0,6 % gestiegen, nach 0,1 % im vierten Quartal 2012. Positive Wachstumsbeiträge kamen von den privaten Konsumausgaben, den Anlageninvestitionen und den Lagerbestandsveränderungen, während der Staatskonsum und der Außenbeitrag das Wachstum bremsen. Auch in **Japan** hat sich die wirtschaftliche Expansion im ersten Quartal beschleunigt. Nachdem dort die Wirtschaftsleistung im vierten Quartal 2012 um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal zugenommen hatte, wurde im ersten Jahresviertel 2013 ein Wachstum von 0,9 % erreicht. Vor allem eine markante Erholung der Exporte und der private Konsum trugen zu dieser Entwicklung bei, während der Staatskonsum weniger stark ausgeweitet wurde. In **China** hat sich das Wirtschaftswachstum von 7,9 % im vierten Quartal 2012 auf 7,7 % im ersten Jahresviertel 2013 (jeweils im Vor-

jahresvergleich) verringert. Die Industrieproduktion und die Einzelhandelsumsätze wuchsen etwas weniger kräftig als zuvor. Im Lauf des Jahres dürfte die chinesische Volkswirtschaft dieses Expansionstempo in etwa beibehalten. Im **Euroraum** sank das reale Bruttoinlandsprodukt zwischen Jänner und März gegenüber dem Vorquartal um 0,2 %, nach einem Rückgang um 0,6 % zum Jahresende 2012. In der **EU27** fiel der Rückgang mit 0,1 % (zuvor -0,5 %) erneut etwas schwächer aus. Die Einzelhandelsumsätze und PKW-Neuzulassungen deuten auf eine fortgesetzte Schwäche des privaten Konsums hin, der von der hohen Arbeitslosigkeit in vielen Mitgliedstaaten belastet wird. Auch die Ausrüstungs- und vor allem die Bauinvestitionen sind wohl weiter gesunken. Mit der schwachen Inlandsnachfrage sollten auch die Importe zurückgegangen sein, was zusammen mit anziehenden Exporten das Wachstum gestützt haben dürfte.

Gemäß einer Schnellschätzung stagnierte in **Österreich** die saisonbereinigte Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 2013, nach einer leichten Zunahme um 0,1 % im zweiten Quartal 2012, einer Stagnation im dritten Quartal und einem Rückgang um 0,1 % im letzten Quartal des vergangenen Jahres. Der private Konsum stagnierte zu Jahresbeginn weiterhin, während der öffentliche Konsum gegenüber der Vorperiode um 0,5 % ausgeweitet wurde. Die Anlageinvestitionen gingen um 0,5 % zurück, wobei ein leichter Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen einem Rückgang der Bauinvestitionen gegenüber stand. Die Exporte entwickelten sich mit einer Zunahme um 0,3 % ähnlich schwach wie bereits im gesamten Jahr 2012. Da die Importe mit derselben Rate ausgeweitet wurden, gingen vom Außenhandel keine Wachstumsimpulse aus. Entstehungsseitig stagnierte im Einklang mit der globalen Nachfrage die Sachgüterproduktion. Die Bauproduktion litt unter den ungünstigen Witterungsbedingungen und der Investitionszurückhaltung der öffentlichen Hand. Im Verkehrssektor ging die Wirtschaftsleistung deutlich zurück, während der Tourismus davon profitierte, dass Ostern heuer in das erste Quartal fiel.

(Fortsetzung auf Seite 8)

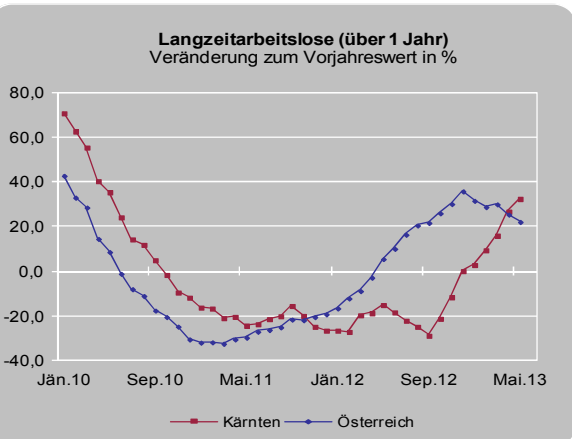
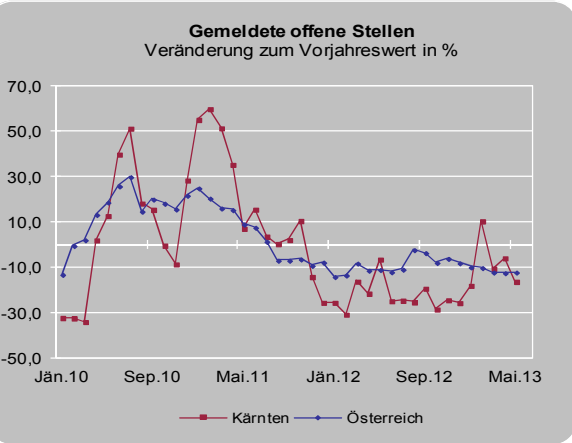
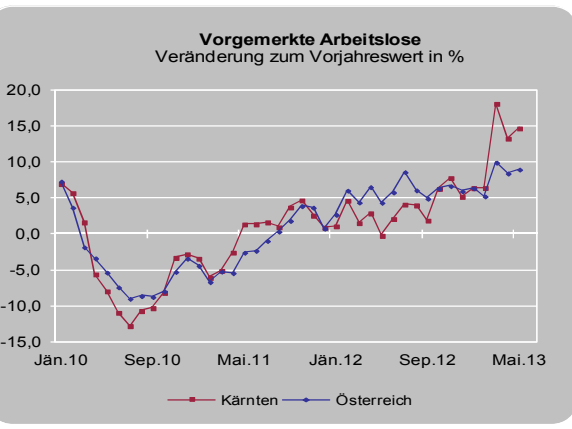
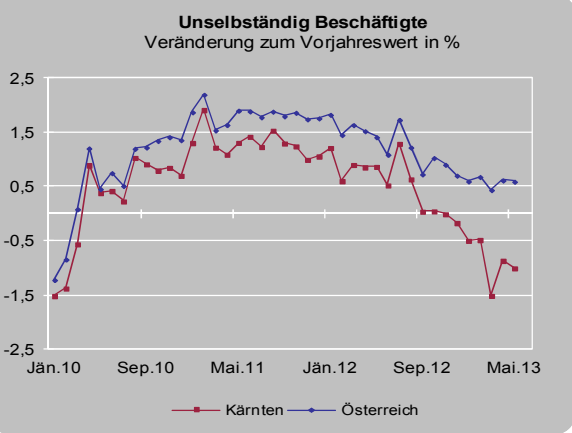
Aktuelles vom Arbeitsmarkt

Im zweiten Quartal des Jahres 2013 verstärkt sich die ungünstige Entwicklung am Kärntner wie auch am österreichischen Arbeitsmarkt. So beträgt im Mai 2013 die Zahl der Arbeitslosen in Kärnten 19.057 und liegt damit deutlich über dem Vorjahreswert (+14,7 %). Die Situation stellt sich dabei in Kärnten vergleichsweise ungünstiger dar als im Bundesdurchschnitt, wo die Arbeitslosigkeit mit einem Plus von 9,0 % weniger stark zugenommen hat. Gleichzeitig dazu sinkt in Kärnten seit Ende des Jahres 2012 die Zahl der unselbständig Beschäftigten im Vergleich zum Vorjahr: der Rückgang beträgt im Mai 1,0 %, während österreichweit ein Anstieg um 0,6 % beobachtet wurde. Aktuelle Prognosen des Arbeitsmarktservice (AMS) Österreich gehen weiters davon aus, dass erst im Jahr 2016 eine merkliche Erholung am heimischen Arbeitsmarkt eintreten wird, da die Arbeitskräftenachfrage der Betriebe mittelfristig nicht ausreichen wird, das steigende Arbeitskräfteangebot gänzlich zu absorbieren.¹

Gegenwärtig nimmt auch die Zahl der beim AMS gemeldeten offenen Stellen weiter ab (Kärnten: -16,0 %; Österreich: -11,9 %). Im Zuge dieser Entwicklung steigt der „Stellenandrang“ (Arbeitslose je gemeldeter offener Stelle) im Vergleich zum Vorjahr weiter und beträgt im Mai 2013 in Kärnten bereits 9,9 (Österreich: 8,8). Auch bei den Schulungsteilnehmer/innen beim AMS werden starke Zuwächse beobachtet: während im Jahresdurchschnitt 2011 noch ein Rückgang um 10,3 % gegenüber dem Vorjahr verzeichnet wurde (Österreich: -13,6 %), steigt – durchgehend seit April 2012 – die Zahl der Personen in Qualifizierungsmaßnahmen weiter an. Kärnten rangiert mit einem Zuwachs von 8,3 % jedoch unter dem Wert von Österreich (+11,0 %).

Die einzelnen Arbeitsmarktgruppen sind von der derzeitigen Entwicklung in unterschiedlichem Ausmaß betroffen. So liegt im Mai die Zunahme der Arbeitslosigkeit von Frauen mit +10,1 % unter dem Kärnten-Durchschnitt, während bei den Männern eine deutlich stärkere Zunahme beobachtet wurde (+19,2 %). Speziell bei älteren Arbeitsmarktteilnehmer/innen (+20,0 %) nimmt die Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich zu. Vor allem aber kehrte sich die positive Entwicklung bei den Langzeitarbeitslosen (über 1 Jahr) um; die Arbeitslosenzahlen steigen im zweistelligen Bereich verglichen mit dem Vorjahr (+32,6 %; Österreich: +22,3 %).

Robert Klinglmair



¹ Vgl. Alteneder et al. (2013): Ausblick auf Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in Österreich bis zum Jahr 2017. Studie der Synthesis Forschung im Auftrag des AMS Österreich. Wien, S. 6-13.

Neustart

Die neue Landesregierung findet eine schwierige Ausgangssituation vor: die wirtschaftliche Dynamik des Landes ist schwach, die Arbeitslosigkeit steigt, die budgetären Spielräume sind eng, konjunkturelle Impulse sind nicht zu sehen und zugleich sieht sich die neue Regierungskoalition mit hohen Erwartungen konfrontiert. Das Zauberwort in dieser Situation lautet Strukturereformen. Das Problem dabei ist, dass solche Reformen zunächst erhebliche politische Kosten verursachen – wenn sie denn gegen vielfältige Widerstände und Kritik durchgesetzt werden können – und erst mittelfristig Erträge bringen (ein klassisches Beispiel hierzu stellt die Agenda-Politik der früheren rot-grünen Bundesregierung in Deutschland dar, die zunächst den Verlust der Regierungsmehrheit gebracht hat, während die heutige schwarz-gelbe Regierung vom Erfolg dieser Reformen profitiert). Trotzdem: es gibt keine Alternative.

Die Möglichkeiten für Strukturereformen in der Entscheidungskompetenz des Landes sind beschränkt, abgesehen davon, dass die Landespolitik auch Reformkräfte auf der Ebene des Bundes unterstützen kann. Ein wichtiger erster Schritt wäre, eine längerfristige wirtschaftspolitische Strategie des Landes zu entwickeln unter Einbeziehung der wesentlichen Entscheidungsträger, deren Mitwirkung und Unterstützung für die Umsetzung erforderlich sind. Eine solche Strategie war in den vergangenen Jahren allenfalls in Ansätzen zu erkennen – etwa als Förderung des sogenannten Technologiesektors, einschließlich Lakeside Park und Technische Fakultät der Universität, CTR und FH Kärnten. Eine solche Strategie muss auch umfassend angelegt sein, d.h. Umwelt- und Energiepolitik, Infrastrukturpolitik und Wirtschaftsförderung miteinbeziehen, um in koordinierter Weise eine Verbesserung von Standortqualität und -attraktivität zu erreichen. Offensichtlich spielen auch die Aufgaben, die im öffentlichen Sektor wahrgenommen werden, deren Effektivität und Effizienz, Organisation und Finanzierung eine wichtige Rolle. Anregungen hierzu finden sich in Berichten des Rechnungshofes, dem sogenannten Budgetkonvent oder dem Gemeindekonvent, die mit weiteren Vorgaben zu einem Programm zusammengefasst werden sollten.

Die Entwicklung einer wirtschaftspolitischen Strategie des Landes darf nicht in der Art eines „Wunschkonzerts“ missverstanden werden, indem alles was gut und teuer ist hineinreklamiert wird. Beschränkte Möglichkeiten bedeuten die Notwendigkeit, Prioritäten zu setzen und damit auch Wünschbares hintan zu stellen. Was die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Hand betrifft, bedeutet dies auch die

Notwendigkeit eines Programms der Budgetkonsolidierung sowie der Suche nach Möglichkeiten, Spielräume innerhalb des Budgets zu schaffen.

Als erster Schritt liegt jetzt der sogenannte Kassensturz vor, der über die bekannten budgetären und außerbudgetären Schulden des Landes von rd. € 2,8 Mrd. hinaus weitere € 2,0 Mrd. als Verwaltungsschulden und Sonderfinanzierungen ausweist, die in den Medien sofort zur erschreckenden Summe von € 4,8 Mrd. addiert wurden. Diese zusätzlichen € 2,0 Mrd. sind insofern irreführend, als sie zum Großteil Zins- und Tilgungsleistungen für die budgetäre und außerbudgetäre Verschuldung des Landes (KABEG, KWF, LIG ...) enthalten, die bislang schon in den jährlichen Budgets des Landes enthalten sind und über lange Jahre weiter ausfallen werden. Auch die Aufstellung des Landesvermögens (rd. € 2,4 Mrd.) ist irreführend, da sie z.B. den Zukunftsfonds oder die wertvollste Beteiligung des Landes an der KELAG nicht mit enthält (die aus verfassungsrechtlichen Gründen so wenig disponibel ist wie das ausgewiesene Vermögen von Landesstraßen). Bis 2016 werden die budgetären und außerbudgetären Schulden des Landes von € 2,8 auf 3,1 Mrd. weiter zunehmen, während die Pflichtausgaben im Budget 2013 bereits 85 Prozent der Gesamtausgaben ausmachen und nur 15 Prozent auf „Ermessensausgaben“ entfallen. Wenn auch bei Ermessensausgaben da und dort Einsparungen möglich sind, bedeutet dies, dass die Verschuldungssituation des Landes nur über Eingriffe bei den Pflichtausgaben, d.h. durch Kürzungen bei Leistungsgesetzen in den Griff zu bekommen sein wird, um zunächst den Jahresfehlbetrag von € 134 Mio. im Budget 2013 zu reduzieren. Eine „Zeitbombe“ liegt zudem in den noch offenen Haftungen des Landes für die Hypo-Alpe-Adria Bank von rd. € 13 Mrd.

Es gibt doch eine Alternative. Sie heißt, Weitermachen wie bisher, mit kleinen Reformschritten da und dort. Die Probleme des Landes in Angriff zu nehmen, wird damit jedoch nicht gelingen und auch nicht der Neustart, der einer großen Wählermehrheit von der neuen Regierung versprochen wurde und von ihr erwartet wird.

Hans-Joachim Bodenhöfer

Jobmotor Green Jobs?

In Zeiten einer schwachen konjunkturellen Entwicklung und dem fortschreitenden Klimawandel sollen Green Jobs zusätzliche Arbeitsplätze schaffen und damit die Beschäftigung ankurbeln sowie durch klimapolitische Maßnahmen die Treibhausgasemissionen reduzieren. Dabei stellt sich die Frage, welche Ar-

beitsplätze zu den Green Jobs gezählt werden, ob tatsächlich zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden und inwiefern die Arbeitsbedingungen der Green Jobs auch nachhaltig und erstrebenswert sind.

Um auf europäischer Ebene die Aktivitäten und Entwicklungen im Bereich Umweltschutz- und Ressourcenmanagement harmonisiert und umfassend abbilden zu können, wurde das Konzept der Umweltorientierten Produktion und Dienstleistung (Environmental Goods and Services Sector – EGSS) entwickelt. Während sich der Umweltbereich aus einer heterogenen Gruppe von Produzenten von Gütern, Technologien und Dienstleistungen zusammensetzt², muss der Hauptzweck der Güter der Umweltschutz sein. Damit zählen Recyclingtechnologien zu den Umwelttechnologien, der öffentliche Verkehr hingegen ist exkludiert, da ihm der Umweltschutz als Hauptzweck abgesprochen wird.³ Prinzipiell muss berücksichtigt werden, dass mit der EU-weiten einheitlichen Definition des EGSS nicht automatisch bei einer hohen Anzahl von Green Jobs auf ein hohes Umweltbewusstsein geschlossen werden kann, denn während eine zunehmende Umweltverschmutzung möglicherweise zu einem Anstieg der Green Jobs führt (z.B. erhöhte Beschäftigung im Bereich der Abfallbehandlung), kann energiesparendes Verhalten (z.B. Reduktion des Stromverbrauchs) zu einem Rückgang der Green Jobs (z.B. in der Elektrizitätswirtschaft) führen.⁴

Für Österreich und die Bundesländer liegen, nach einer Datenrevision, nun die aktuellsten Beschäftigungszahlen vor.⁵ In Österreich hat sich die Anzahl der Umweltbeschäftigten in den Jahren 2008-2010 stetig gesteigert, von 167.665 Umweltbeschäftigten im Jahr 2008 auf 170.192 im Jahr 2010 (vgl. Tabelle 1). Im Jahr 2011 waren in Österreich 171.245 Personen in der Umweltwirtschaft beschäftigt. Im Bundesland Kärnten hingegen war die Anzahl bzw. der Anteil der Umweltbeschäftigten verglichen mit dem Jahr 2008 rückläufig: während in Kärnten im Jahr 2008 13.871 Beschäftigte in der Umweltwirtschaft tätig waren, sank die Anzahl der Beschäftigten, nach einem leichten

Anstieg im Jahr 2009, auf 13.143 Umweltbeschäftigte im Jahr 2010 (-5,2 %).

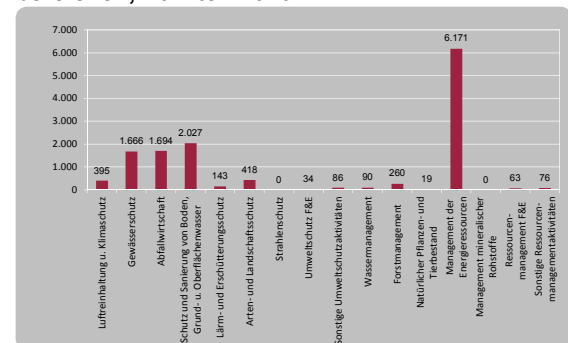
Tabelle 1: Umweltbeschäftigte in Österreich und Kärnten

	2008	2009	2010
Österreich	167.665	169.589	170.192
Kärnten	13.871	13.951	13.143
Anteil Kärnten (in %)	8,3%	8,2%	7,7%

Statistik Austria (2012), Lebensministerium (2013)

Österreichweit konnte die Beschäftigung in der Umweltwirtschaft im Zeitraum 2008-2011 um 2,1 % erhöht werden, während insgesamt die Anzahl der Erwerbstätigen nur einen leichten Anstieg verzeichnete (+0,4 %).⁶ Damit wird deutlich, dass ein Anstieg an Green Jobs primär als eine Verschiebung von traditionellen Jobs hin zu Öko-Jobs zu sehen ist und damit nur eingeschränkt als Zuwachs der Nettobeschäftigung interpretiert werden kann. Der Rückgang der Beschäftigten in Kärnten ist primär auf einen Rückgang in der Bauwirtschaft bzw. dem Bereich „Herstellung von Waren“ zurückzuführen. Eine Untergliederung der Umweltbeschäftigten nach Umweltbereichen zeigt, dass in Kärnten die Beschäftigung in den Bereichen „Management der Energieressourcen“ sowie „Schutz und Sanierung von Boden, Grund- u. Oberflächenwasser“ dominieren (vgl. Abbildung 1). Letzterem Bereich wird unter anderem die beschäftigungsintensive biologische Landwirtschaft zugeordnet.

Abbildung 1: Umweltbeschäftigte nach Umweltbereichen, Kärnten 2010



Quelle: Lebensministerium (2013)

Der Bereich „Management der Energieressourcen“ umfasst ein breites Aktivitätsfeld und bezieht damit sowohl die Erzeugung von erneuerbarer Energie, die Produktion der Technologien zur Erzeugung erneuerbarer Energie, Passiv- und Niedrigstenergiehäuser sowie thermische Sanierungen mit ein.⁷

Im Zeitraum 2008-2010 sank die Anzahl der Beschäftigten im Bereich „Management der Energieressourcen“ in Kärnten von 7.748 Umweltbeschäftigten um 20 % auf 6.171 Umweltbeschäftigten, der Rückgang ist auf den Bereich „Wärme-/Energieeinsparung und Ma-

² Für eine Gliederung der Umweltwirtschaft siehe Statistik Austria (2012): Umweltgesamtrechnungen. Modul – Umweltorientierte Produktion und Dienstleistung (EGSS) 2011. Umsatz und Beschäftigte in der Umweltwirtschaft. Wien sowie IHS Konjunkturreport. Serie Klimaschutz (XIV, Schluss): Green Jobs in Kärnten. 11. Jg., Ausgabe 1, März 2011, S. 3-4.

³ Vgl. Statistik Austria (2012), S. 14 sowie Eurostat (2009): The Environmental Goods and Services Sector. A data collection handbook, S. 115.

⁴ Vgl. Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte (2012): Green Jobs. Arbeitsbedingungen und Beschäftigungspotenziale. Informationen zur Umweltpolitik Nr. 186. Wien, S. 9.

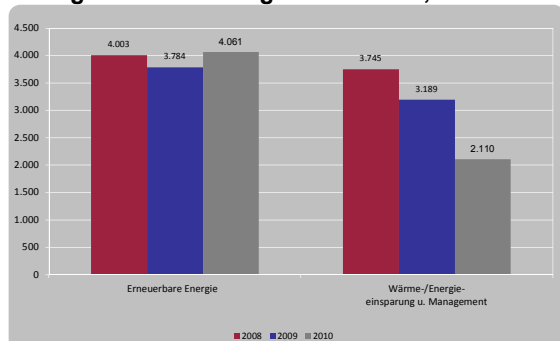
⁵ Für nähere Information zur Revision der Daten siehe Statistik Austria (2012). Zahlen für 2011: vorläufige Daten.

⁶ Vgl. Statistik Austria (2012), S. 9.

⁷ Vgl. Statistik Austria (2012), S. 31.

nagement⁸ (vgl. Abbildung 2) und damit insbesondere dem Rückgang der Umweltbeschäftigten in der Bauwirtschaft und Sachgütererzeugung zurückzuführen.

Abbildung 2: Umweltbeschäftigte im Bereich Management der Energieressourcen, Kärnten



Quelle: Lebensministerium (2013)

Österreichweit sind die meisten Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft zu finden, gefolgt von der Bauwirtschaft. Während in der Land- und Forstwirtschaft die Beschäftigung primär durch ein niedriges Qualifikationsniveau, hohe körperliche Belastungen und eine hohe Unfallwahrscheinlichkeit gezeichnet ist, dominiert in dieser Branche auch die Nebenerwerbstätigkeit sowie ein hoher Anteil an Förderungen am Einkommen. Die Bauwirtschaft wird ebenfalls durch ein niedriges bzw. mittleres Qualifikationsniveau (Lehre, überdurchschnittlicher Anteil an Pflichtschulabsolventinnen) sowie durch hohe körperliche Belastungen und atypische Beschäftigungsverhältnisse geprägt. In Kärnten dominieren die Bereiche „Herstellung von Waren“, „Bau“ sowie „Abfallwirtschaft“ die Umweltbeschäftigung. Auch in der Abfallwirtschaft kann, entsprechend einer Studie im Auftrag der Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte⁹, von einer hohen körperlichen Belastung sowie einer überdurchschnittlich hohen atypischen Beschäftigung ausgegangen werden. Damit kann der Vergleich Green Jobs = Good Jobs nicht per se bestätigt werden.

Zusammenfassend kann damit festgehalten werden, dass Green Jobs mittel- bis langfristig – bedingt durch den strukturellen Wandel – verstärkt an Bedeutung gewinnen, allerdings nur eingeschränkt zusätzliche Arbeitsplätze schaffen werden. Hinsichtlich der Qualität der Arbeitsbedingungen muss wohl zwischen dem „gut bezahlten Umwelttechniker in der Solarbranche“ und den vielen Arbeitskräften in prekären Beschäftigungsverhältnissen differenziert werden.

Beate Friedl

⁸ Zu diesem Bereich zählen Thermosanisierungen, Niedrigstenergie- und Passivhausbauten ebenso wie Energieberatungen sowie die Produktion von Dämmstoffen.

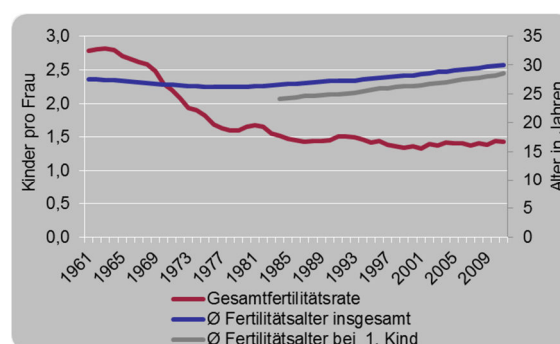
⁹ Vgl. Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte (2012), S. 80f.

Serie Demographischer Wandel (VII): Die Rolle der Frau

Frauen kann in Bezug auf den demographischen Wandel eine besondere Rolle beigegeben werden. Einerseits sind sie für die Entwicklung der Fertilität bzw. die Nachkommen der entscheidende Faktor, andererseits ist eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen als Chance für bevorstehende Herausforderungen am Arbeitsmarkt zu sehen. Zum dritten stellt sich jedoch die Frage, ob ein kausaler Zusammenhang zwischen Erwerbstätigkeit von Frauen und der Kinderanzahl besteht, wodurch sich gewissermaßen eine Pattstellung ergeben würde. Grund genug, einen genaueren Blick auf die Rolle der Frau in Bezug auf den demographischen Wandel zu werfen.

Die Anzahl an lebendgeborenen Kindern ist in Österreich in den vergangenen Jahrzehnten drastisch zurückgegangen: Wurden 1961 noch über 131.000 Kinder im Jahr geboren, so waren es 2011 lediglich noch 78.109. Im gleichen Zeitraum ist die Anzahl an Frauen in Österreich von 3,8 Mio. auf 4,3 Mio. gestiegen.¹⁰ Dementsprechend ist die Anzahl der Kinder pro Frau, d.h. die Gesamtfertilitätsrate, von 2,78 im Jahr 1961 auf 1,43 im Jahr 2011 gesunken. Zeitgleich hat sich das durchschnittliche Fertilitätsalter von 27,5 Jahren auf 30,0 Jahre erhöht, wobei insbesondere seit dem Jahr 1979 ein stetiger Anstieg erkennbar ist. Das durchschnittliche Fertilitätsalter bei der Geburt des 1. Kindes betrug 1984 24,1 Jahre; 2011 bereits 28,5 Jahre (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3: Entwicklung Fertilitätsrate und Fertilitätsalter in Österreich, 1961-2011



Quelle: Statistik Austria (2012): Demographische Indikatoren; eigene Darstellung

Der Rückgang an Geburten, der durchschnittlichen Anzahl an Kindern pro Frau sowie der Anstieg des Fertilitätsalters ist kein österreichisches Spezifikum; die Entwicklung ist vielmehr weltweit erkennbar. So zeigt sich im Beobachtungszeitraum von 1950 bis 2010 in allen Weltregionen ein deutlich rückläufiger Trend der

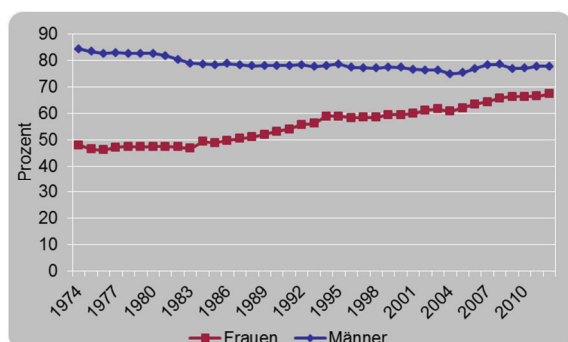
¹⁰ Vgl. Statistik Austria (2012): Demographische Indikatoren sowie Statistik des Bevölkerungsstandes.

Gesamtfertilitätsrate; während Europa bereits zu Beginn des Betrachtungszeitraums einen vergleichsweise geringen Wert von 2,65 Kindern pro Frau aufwies (1950-1955) und dieser sich stetig verringerte (1,53 in 2005-2010), ist die Fertilitätsrate in Asien erst seit 1965-1970 rückläufig. Jene in Afrika hat bereits zuvor zu sinken begonnen (1960-1965), ist jedoch mit 4,64 Kindern pro Frau (2005-2010) nach wie vor am höchsten.¹¹

Der Rückgang der Geburtenrate kann vor allem auf sozio-ökonomische und kulturelle Veränderungen zurückgeführt werden. Zu nennen sind dabei u.a. die Abnahme der sozialen Funktion von Familien (z.B. in wirtschaftlicher Hinsicht im Zuge des Wandels von der Agrar- zur Industrie- und in weiterer Folge Dienstleistungsgesellschaft), die Ausbreitung der Massenbildung und der Rückgang des Analphabetentums verbunden mit der Zunahme moderner Lebensstile, die Abnahme der traditionellen religiösen Autorität, die Stärkung des Individualismus, der Wandel der gesellschaftlichen Rolle der Frau durch steigende Beschäftigung außerhalb des eigenen Heimes, das Wachstum von Materialismus als auch die Veränderung der Bedeutung der Ehe. Erleichtert wurde der Rückgang der Fertilität des Weiteren durch die Einführung moderner Antikonzeptiva und der Möglichkeit legaler Abtreibung.¹²

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist in den vergangenen Jahrzehnten in Österreich deutlich gestiegen. Lag die Erwerbstätigenquote der Frauen im Alter von 15 bis 64 Jahren bis zum Jahr 1987 noch unter 50 %, so betrug diese im Jahr 2012 67,3 % (vgl. Abbildung 4).

Abbildung 4: Entwicklung Erwerbstätigenquote in Österreich, 1974-2012



Quelle: Statistik Austria (2013): Mikrozensus; eigene Darstellung¹³

¹¹ Vgl. United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2011). World Population Prospects: The 2010 Revision.

¹² Siehe dazu u.a. Westoff, C. F. (1991): The Return to Replacement Fertility: A Magnetic Force? oder Schimany, P. (2003): Die Alterung der Gesellschaft. Ursachen und Folgen des demographischen Umbruchs. Frankfurt/New York.

¹³ In den Jahren 1984, 1994 und 2004 liegt aufgrund einer Stichprobenumstellung ein Zeitreihenbruch vor.

Durch den kontinuierlichen Anstieg der Erwerbstätigenquote der Frauen ist es zu einer stetigen Annäherung an jene der Männer gekommen; die Differenz betrug im Jahr 2012 dennoch über 10 Prozentpunkte (Frauen: 67,3 %; Männer: 77,8 %). Die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen wird vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und des damit verbundenen Rückgangs der potentiellen Erwerbsbevölkerung häufig als Lösungsansatz genannt. Doch geht damit die Gefahr einher, dass die Fertilität weiter sinkt und die Alterung der Bevölkerung sogar beschleunigt wird?

Ein Blick auf die Beschäftigtenquote von Frauen und die Gesamtfertilitätsrate in ausgewählten europäischen Ländern lässt keinen direkten Zusammenhang erkennen. In Tabelle 2 sind jene europäischen Länder angeführt, deren Frauenerwerbsquote im Jahr 2011 über dem europäischen Durchschnitt von 58,5 % (EU27-Länder) lag sowie die entsprechende Gesamtfertilitätsrate in den genannten Ländern im Jahr 2011. Dabei zeigt sich, dass die Beschäftigtenquote von Frauen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren in Schweden, Dänemark und den Niederlanden am höchsten ist. Die genannten drei Länder weisen jedoch mit Gesamtfertilitätsraten von 1,9 (Schweden) bzw. 1,8 (Dänemark und Niederlande) auch eine überdurchschnittlich hohe Anzahl an Kindern pro Frau auf; im Durchschnitt der EU27-Länder beträgt diese 1,6.

Tabelle 2: Beschäftigung, Fertilität und Kinderbetreuung ausgewählter Länder, 2011

	Beschäftigtenquote Frauen (15-64 Jahre)	Gesamtfertilitätsrate	Kinderbetreuungsquote (0-2 Jahre)	Kinderbetreuungsquote (3-Schulalter)
Schweden	71,3%	1,9	51%	95%
Dänemark	70,4%	1,8	74%	98%
Niederlande	69,9%	1,8	52%	89%
Deutschland	67,7%	1,4	24%	90%
Finnland	67,4%	1,8	26%	77%
Österreich	66,5%	1,4	14%	85%
Großbritannien	64,5%	2,0	35%	93%
Estland	62,8%	1,5	19%	92%
Zypern	62,1%	1,4	23%	73%
Slowenien	60,9%	1,6	37%	92%
Portugal	60,4%	1,4	35%	81%
Litauen	60,2%	1,8	7%	65%
Lettland	60,2%	1,3	15%	73%
Frankreich	59,7%	2,0	44%	95%
EU27-Länder	58,5%	1,6	30%	84%

Quelle: Eurostat-Datenbank (2013), eigene Berechnung und Darstellung

Auch in den Ländern, welche eine noch höhere Geburtenrate aufweisen (Irland: 2,1; Großbritannien und Frankreich: 2,0), ist die Beschäftigtenquote der Frauen – mit Ausnahme von Irland – überdurchschnittlich hoch. Zudem gilt, dass alle EU27-Länder (mit der Ausnahme von Irland und Belgien) mit einer unterdurchschnittlichen Beschäftigtenquote von Frauen ebenfalls eine unterdurchschnittliche Fertilitätsrate aufwiesen. Österreich findet sich in Bezug auf die Frauenerwerbsquote auf Rang 6, weist

jedoch mit einer Fertilitätsrate von 1,4 einen unterdurchschnittlichen Wert auf.

In der Tabelle ist zudem der Anteil jener Kinder, welche in formellen Kinderbetreuungseinrichtungen betreut werden, in Abhängigkeit des Alters dargestellt. Dabei fällt auf, dass diese in Schweden, Dänemark und den Niederlanden sowohl bei 0-2-jährigen Kindern als auch Kindern von 3 Jahren bis zum Schuleintritt deutlich über dem Durchschnitt der EU27-Länder liegt. Während Österreich bei den 3- bis 6-jährigen Kindern mit einer Betreuungsquote von 85 % vergleichbar gut abschneidet, liegt die Kinderbetreuungsquote bei unter 3-Jährigen mit 14 % deutlich unter dem europäischen Durchschnitt von 30 %.

Einhergehend mit der geringen Kinderbetreuungsquote unter 3-Jähriger ist auch der Anteil aktiv erwerbstätiger Frauen mit Kindern unter 3 Jahren in Österreich mit 33,4 % nicht einmal halb so groß, als jener von Frauen mit Kindern zwischen 3 und 6 Jahren (72,8 %).¹⁴ Untersuchungen zeigen jedoch, dass Frauen häufig eine Ausweitung ihrer Arbeitszeit präferieren bzw. sich eine Erwerbsarbeit wünschen würden. Damit eng verbunden ist meist der Wunsch nach zusätzlichen Kinderbetreuungseinrichtungen und/oder flexibleren Arbeitszeiten. So gibt knapp ein Viertel der nicht erwerbstätigen Frauen mit Kindern unter 15 Jahren an, gerne arbeiten zu wollen, sofern es geeignete Kinderbetreuungsplätze gäbe. Hauptprobleme dabei seien, dass es keine Kinderbetreuungsangebote zu den benötigten Tageszeiten oder während der Ferien gäbe, keine Plätze frei oder die Kinderbetreuungsangebote zu weit entfernt seien.¹⁵ Zudem zeigen neue Ergebnisse, dass für 87,6 % der Frauen ohne Kinder die Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine Rolle in der Familienplanung spielt. 17,5 % geben an, bereits vor dem ersten Lebensjahr des Kindes außerfamiliäre Betreuungsformen in Anspruch nehmen zu wollen; bei einem Kindesalter von 1-2 Jahren gilt dies bereits für mehr als die Hälfte.¹⁶

Ein bedarfsgerechter Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen birgt damit nicht nur Arbeitsmarktpotential für Österreich zur Begegnung des demographischen Wandels, sondern bietet jenen jungen Frauen, welche Kinder haben möchten, zugleich die Chance, nicht der Karriere wegen auf Kinder oder der Kinder wegen auf Karriere verzichten zu müssen.

Birgit Aigner-Walder

¹⁴ Vgl. Statistik Austria (2012): Familien- und Haushaltsstatistik 2011, Wien.

¹⁵ Vgl. Statistik Austria (2011): Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Wien.

¹⁶ Vgl. Rodiga-Laßnig, P. und Aigner-Walder, B. (2013): Kinderbetreuung in Kärnten. Klagenfurt.

Abgeschlossene Projekte

Das Potenzial von Öko-Innovationen für den Standort Österreich:

Gemeinsam mit dem IHS Wien wurde eine Studie über Öko-Innovationen im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend abgeschlossen. Öko-Innovationen zeichnen sich dadurch aus, dass Produkte, Dienstleistungen, Prozesse oder Organisationsmethoden erneuert oder bedeutend verbessert werden und damit eine Verringerung von Umweltbelastungen oder eine effizientere und verantwortungsvollere Nutzung natürlicher Ressourcen einhergeht. Im Rahmen der Studie wurden sowohl die für Österreich relevanten potenziellen Öko-Innovationsbranchen aufgezeigt als auch die Position Österreichs im internationalen Vergleich dargestellt. Um einen umfassenderen Blickwinkel über öko-innovative Unternehmen, ihre Tätigkeiten und das Marktpotential von Öko-Innovationen aus Unternehmersicht zu erhalten, wurde zusätzlich zu 21 Experteninterviews und der Vorstellung von Best Practice Beispielen eine Unternehmensbefragung durchgeführt. Aufbauend darauf wurden mittels eines makroökonomischen Modells für Österreich, mehrere Szenarien zu den volkswirtschaftlichen Gesamtwirkungen von Öko-Innovationen berechnet.

Kinderbetreuung in Kärnten – Status-quo und Bedarf:

Im Auftrag des Frauenreferates und der Gemeindeabteilung des Landes Kärnten wurde eine empirische Erhebung zur Betreuungssituation und des Betreuungsbedarfs von Kindern in Kärnten durchgeführt. Über 1.000 Frauen im Alter zwischen 20 und 49 Jahren wurden zur Betreuung ihres jüngsten Kindes, zu Kindern als Teil ihres Lebenskonzeptes, zur Erwerbstätigkeit und zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie befragt. Besonders hervorzuheben ist, dass nicht nur erwerbstätige Frauen nach den Schwierigkeiten zur Vereinbarkeit von Familienpflichten und Erwerbstätigkeit, sondern auch nichterwerbstätige Frauen nach den Hindernissen bei der Rückkehr ins Erwerbsleben befragt wurden. Die nun vorliegenden Daten stellen eine belastbare Grundlage für die Umsetzung von Handlungsempfehlungen dar und geben einen detaillierten Einblick in welchen Bereichen ein Verbesserungsbedarf besteht. Die Veröffentlichung der Studie erfolgt in Kürze auf www.frauen.ktn.gv.at.

Erneuerbare Energien in Oberösterreich: Förderung, Beschäftigung, Energiepreise und Industrie:

Ziel der Studie war es, die Auswirkungen und den Einfluss der erneuerbaren Energien, mit

weitreichenden Wechselwirkungen z.B. auf Beschäftigung, Energiepreise für das Bundesland Oberösterreich zu untersuchen. Die Grundlage dafür bildete eine umfangreiche Analyse der komplexen Förderlandschaft im Bereich erneuerbare Energien. Darauf aufbauend wurde eine Analyse der Auswirkungen der Förderung erneuerbarer Energien auf die Beschäftigung durchgeführt. Anhand eines am Institut für Höhere Studien entwickelten allgemeinen Gleichgewichtsmodells (Labour and Energy Market Model for Austria) werden die Auswirkungen der Förderung erneuerbarer Energieträger auf Beschäftigung und Wertschöpfung berechnet. Zudem wurden in einem weiteren Schritt, auf Basis der erhobenen Förderdaten, die Auswirkungen der Förderung erneuerbarer Energien durch das Ökostromgesetz auf die Energiepreise untersucht. In der Studie wird auch eine Analyse der Auswirkungen der Klima- und Energiepolitik auf oberösterreichische Industriebetriebe, mit Hauptaugenmerk auf den EU-Emissionshandel, dargestellt.

Quality of Society and Public Services – access, use and (in)security in times of economic crisis:

Gemeinsam mit dem IHS Wien wurde für die *European Foundation for the Improvement of Living and Working Condition* eine Studie über den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Qualität von öffentlichen Serviceleistungen in den EU27-Ländern abgeschlossen. Basierend auf den Daten der *European Quality of Life Survey 2007 und 2011* wurden die Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise auf die Verfügbarkeit und die Qualität von öffentlichen Dienstleistungen, z.B. das Gesundheitssystem, das staatliche Pensionssystem, öffentlicher Verkehr, Kinderbetreuungsangebote, Angebote für pflegebedürftige Personen etc. analysiert. Darüber hinaus wurde untersucht, ob Veränderungen im gesellschaftlichen Zusammenhalt (Einstellung gegenüber Migrant/Innen, Spannungen zwischen sozialen Schichten) in diesem Zeitraum stattgefunden haben. Die Veröffentlichung der Studie erfolgt in Kürze auf www.eurofound.europa.eu.

Petra Rodiga-Laßnig

Fortsetzung Konjunktur:

In **Kärnten** stieg der Produktionsindex für den produzierenden Bereich im Jahresdurchschnitt 2012 um 0,8 %, verglichen mit 1,9 % in ganz Österreich. In der Sachgütererzeugung wurde die Produktion in Kärnten um 2,7% eingeschränkt, während sie in ganz Österreich um 0,3 % ausgeweitet wurde. Ungünstig entwickelte sich in Kärnten auch die Bauwirtschaft.

Während im Bundesdurchschnitt die Bauproduktion um 2,0 % zulegen konnte, ging sie in Kärnten um 1,5 % zurück. Im Durchschnitt der Monate Jänner und Februar 2013 wurde die Produktion in der Kärntner Sachgütererzeugung im Jahresvergleich um 2,3 % eingeschränkt, während sie im Bundesdurchschnitt um 1,5 % zunahm. Die Bauproduktion wurde in diesem Zeitraum in Kärnten um 0,6 % und in ganz Österreich um 7,7 % ausgeweitet. Ab Ende Juni wird auf der Homepage des IHS Kärnten die aktuelle Kärnten-Prognose verfügbar sein:

<http://www.carinthia.ihs.ac.at/wirtschaftsprognose.html>.

Klaus Weyerstraß

Personalia



Das IHS Kärnten ist ständig bemüht, im Rahmen der finanziellen und zeitlichen Möglichkeiten MitarbeiterInnen bei ihren Dissertationsbemühungen zu unterstützen. Aus diesem Grund freuen wir uns besonders, dass mit Frau Dr. Andrea Klinglmair innerhalb eines Jahres die Dritte MitarbeiterIn ihre Dissertation im Februar 2013 erfolgreich abgeschlossen hat. Frau Klinglmair hat an der Alpen-Adria Universität Klagenfurt zum Thema „*Exploring the Public Value of Renewable Energy in Austria*“ eine umfangreiche, ökonomische Bewertung zum Ausbau erneuerbarer Energieträger in Österreich gemacht. Ausgangspunkt Ihrer Arbeit war ein im Jahr 2011 am IHS Kärnten abgeschlossenes Forschungsprojekt namens HYDROVAL, welches sich mit der Bewertung von Wasserkraftausbaustrategien, unter Berücksichtigung der vielschichtigen positiven und negativen Effekte, beschäftigte. Wir hoffen, dass die nunmehr vorhandene Kompetenz im Bereich der Umweltbewertung in den nächsten Jahren in zahlreichen Projekten Anwendung findet. Das Team des IHS Kärnten gratuliert zu diesem großen Erfolg!

Impressum

Herausgeber: IHS Kärnten
Adresse: Alter Platz 10, 9020 Klagenfurt
 Tel. (0463) 592150, Fax DW 23
E-Mail: info@carinthia.ihs.ac.at
Website: www.carinthia.ihs.ac.at

Der IHS Kärnten Konjunkturreport erscheint mit finanzieller Unterstützung der Wirtschaftskammer Kärnten, der Industriellenvereinigung Kärnten, der Arbeiterkammer Kärnten sowie des Landes Kärnten vier Mal jährlich.

Redaktionsschluss: 10.06.2013